



Siegfried Lorek MdL
Abgeordneter des Wahlkreises Waiblingen

Dr. Bernhard Lasotta MdL
Abgeordneter des Wahlkreises Neckarsulm

Pressemitteilung 04.05.2017

Abgeordnete Dr. Bernhard Lasotta und Siegfried Lorek:

- **Land muss Zusammenarbeit mit DITIB beenden**
- **Aufgeklärte Kräfte des Islam müssen gestärkt werden**
- **Kritik an Mittelfreigabe an DITIB durch Familienministerin Schwesig**

Der integrations- und rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Bernhard Lasotta MdL und der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Siegfried Lorek MdL, erklären anlässlich der Beantwortung des CDU-Antrags „Einflussnahme der türkischen Religionsbehörde Diyanet auf die Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB)“ am 04.05.2017:

Die Einflussnahme der türkischen Regierung auf die türkischstämmige Bevölkerung in Baden-Württemberg hat durch den Umbau des türkischen Staates in eine Autokratie mit der Einschränkung von Bürger- und Freiheitsrechten auch über die staatliche Religionsbehörde Diyanet und DITIB stattgefunden. Mittlerweile ermittelt der Generalbundesanwalt gegen Vertreter von DITIB wegen geheimdienstlichen Tätigkeiten in Deutschland. Einzelne Bundesländer beendeten in den vergangenen Monaten die Zusammenarbeit mit DITIB in verschiedenen Bereichen. Zudem gibt es eine Nähe zu von durch den Verfassungsschutz überwachten Moscheegemeinden wie Millî Görüş. Die „Union Europäisch-Türkischer Demokraten“ UETD als europäischem Ableger der Erdogan-Partei AKP ist scheinbar auch in das Netzwerk zwischen Konsulaten, dem türkischen Geheimdienst und dem türkischen Rockermilieu verstrickt. In unserem Antrag haben wir insbesondere die Beteiligungen der DITIB am öffentlichen Geschehen in Baden-Württemberg abgefragt. Umso verwunderter sind wir, dass SPD-Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig Fördermittel für DITIB in Höhe von einer Million Euro freigibt.

Die Abgeordneten fordern:

- Ziel muss sein, möglichst schnell Islamunterricht, auch in Moscheen, von in deutscher Sprache unterrichtenden und in Deutschland ausgebildeten, nicht vom Ausland finanzierten Imanen, anzubieten.
- Den Ausschluss von weiteren Zuschüssen für die Jugendverbände der DITIB
- Die Beendigung der Zusammenarbeit mit dem DITIB-Landesjugendverband im Lenkungsausschuss des „Kompetenzzentrums zur Koordinierung des Präventionsnetzwerks gegen Extremismus“
- Die Beendigung der Beteiligung von DITIB im Projektbeirat für den islamischen Religionsunterricht
- Die Beendigung der Zusammenarbeit mit der DITIB im Beirat des „Zentrums für Islamische Theologie“ an der Universität Tübingen



Siegfried Lorek MdL
Abgeordneter des Wahlkreises Waiblingen

Dr. Bernhard Lasotta MdL
Abgeordneter des Wahlkreises Neckarsulm

Pressemitteilung 04.05.2017

- Einen Ausschluss von DITIB vom „Runden Tisch der Religionen“
- Eine Überprüfung und ggf. ein Verbot der Auslandsfinanzierung von Moscheegemeinden und Kulturvereinen

„Die Entwicklung in der Türkei ist bedenklich. Täglich erreichen uns Meldungen wie die der Inhaftierung oder Suspendierung tausender Polizisten in der Türkei. Das widerspricht allem, was wir in Europa als Grundkonsens des Rechts kennen. Trotzdem stimmen diesem Kurs Zehntausende hier lebender und aufgewachsener Bürgerinnen und Bürger türkischer Abstammung zu. Deshalb können wir diese Beeinflussung durch DITIB in Deutschland nicht akzeptieren“, so der polizeipolitische Sprecher Siegfried Lorek MdL. „Die türkischen Behörden – und hierzu gehören als verlängerter Arm *Teile der Ditib* – versuchen die türkischstämmige Bevölkerung in einer AKP-treuen Parallelwelt zu halten und zu befeuern. Deswegen müssen wir aus integrationspolitischer Sicht den Einfluss der Türkei gegen eine freie Entfaltung der türkischstämmigen Bevölkerung in unsere gute Rechts- und Werteordnung zurückdrängen. Wir müssen die aufgeklärten Kräfte des Islam und in der DITIB stärken und nicht den orthodoxen und nationalistischen Strömungen aus der Türkei ein Podium geben. Ansonsten wird eine Integration in unsere Gesellschaft nicht gelingen“, erklärt der integrationspolitische Sprecher Dr. Bernhard Lasotta abschließend.